

Wer zahlt die Rente?

Was für eine merkwürdige Frage? Natürlich der Staat! Warum? Weil Rentenzahlungen in denselben Topf staatlicher Pflichtleistungen fallen wie Kindergarten, Schule, Berufsausbildung, Krankenversorgung, Infrastruktur, Landesverteidigung, Zentralbank, Rechtswesen, Zivilschutz und vieles andere mehr. So einfach ist der Sachverhalt – zumindest in unserer modernen, zivilisierten Welt. Das ist die Abrede zwischen Staat und seinen Bürgern.

Eine Diskussion darüber, ob es gerecht ist, die junge Generation der Wenigen mit Rentenzahlungen an die Vielen zu belasten, ist eine sinnfreie Diskussion. Die Alten sind im Ruhestand, und also sind sie zu bezahlen. Punkt. Ende.

Denkmodelle in Richtung Umverlagerung auf mindestens teilweise private Vorsorge sind keine Lösung. Sie entlasten vordergründig das Rentensystem, laden aber das Risiko von langjähriger (jahrzehntelanger) Geldanlage auf Schultern, die überhaupt keine Ahnung davon haben, was kapitalbasierte Geldanlage bedeutet. In meiner Schulzeit ist das Stichwort „Geldanlage“ als Unterrichtsthema nicht existent gewesen. Als Mitglied einer berufsständischen Versorgungseinrichtung erinnere ich mich noch an das Jahr 2010, wo der Jahresbericht etwa 12.000€ Einzahlung dokumentiert hat – bei gleichzeitiger, kläglicher Steigerung der Ruhegeldbezugsansprüche von monatlich 11 €. Die Folgen der Finanzkrise 2009. Und im Laufe eines 35..45-jährigen Arbeitslebens muss jedermann damit rechnen, mindestens einmal Zeitzeuge einer Finanzkrise zu sein. Völliger Unsinn also, dem Normalbürger ohne empirischen Hintergrund in Finanzdingen den eigenverantwortlichen Aufbau einer zweiten Altersversorgung zuzuordnen. Er wird – wie bei Riester – erst viel zu spät erkennen, dass immer schon andere für ihn gerechnet haben, und zwar so, dass von seinem Geld möglichst viel die Tasche in Richtung Versicherer wechselt. Was weiß der Bürger schon von den

Zusammenhängen aus Geldentwertung und Wirtschaftswachstum? Wer „von uns“ sollte da in der Lage sein, ausrechnen zu können, wieviel er heute anlegen muss, damit in 35 Jahren so und so viel an Geldmenge verfügbar ist? Ich gebe mal eine Schätzung ab: niemand...

Oder können Sie, lieber Leser, herleiten, warum nach den hunderten Milliarden Euro Belastung für den Staat in Folge der Finanzkrise 2009 und nach den erneuten hunderten Milliarden Euro aus dem wirtschaftlichen Lockdown der Corona-Jahre immer noch keine Staatspleite zu deklarieren ist? Stattdessen das 100-Milliarden Sondervermögen für die Bundeswehr aus Kanzler Scholz' Zeiten und jetzt nochmal 500 Milliarden Sondervermögen aus der Merz-Ägide. Alles kein Problem? Der Normalo blickt da nicht mehr durch. Ornamentiert wird dieser Nebel der Ökonomie von Erfahrungen aus Einkäufen im Internet. Gegenstände, die bis gestern noch gesichert 200..300 € gekostet haben, bietet Temu & Co. für 15,73 € an. Wie geht das? In welchem chinesischen Keller wird so viel Geld gedruckt, dass die das können? In diesem Umfeld umfassenden Schulterzuckens zu Themen wie zur Einschätzung von Handelswerten + Herstellkosten im globalen Umfeld, wie zur „Finanzindustrie“ oder wie zur Erzielung von Renditen bei Kapitalanlagen kann niemand ernsthaft erwarten, dass ein Durchschnittsarbeitnehmer sich ohne erhebliches Unbehagen im Bauch an den Aufbau einer eigenorganisierten Altersversorgung macht.

Wenn also aus der Politik der Vorschlag zur Verbreiterung der Rentenfinanzierung in Richtung einer kapitalbasierten Altersversorgung kommt, dann kann in der Umsetzung das Modell nicht anders lauten, als dass zum Schutz der in der Mehrheit nicht ausreichend qualifizierten Bürger der Staat selber die Renterrücklagen auf dem Kapitalmarkt anlegt und auf diese Weise das Finanzrisiko übernimmt – wenn er denn wirklich daran glaubt, dass diese Finanzierungsart eine langfristig richtige und

verlässliche Methode darstellt. Den Durchschnittsrentenempfänger interessieren nur zwei Dinge: a) wieviel Geld bekomme ich im Alter relativ zu den dann bestehenden Lebenshaltungskosten und b), dass die Rentenversorgung unumstößlich sicher ist. Und genau diese organisatorische Qualität darf der Bürger von seinem Staat auch erwarten. Denn die vordringliche Aufgabe des Staates ist es, seinen Bürgern Sicherheit nach außen, Ordnung im Inneren und Stabilität zu geben.

Ich möchte auch nicht darüber diskutieren, dass zur Entspannung der Rentenkasse das Eintrittsalter heraufgesetzt wird. Es ist schon Zumutung genug, mir von einem Mittvierziger anhören zu müssen, bei den heutigen (komfortablen) Arbeitsbedingungen – zumindest bei den sitzenden Bürojobs – sei es doch völlig klar, dass die länger arbeiten können, als wir das von früher kennen. Zwanzig Jahre später wird er solchen Blödsinn sicherlich nicht erneut von sich geben. Aber wir diskutieren ja heute und müssen ertragen, was schon alle Generationen vor uns haben ertragen müssen, nämlich die (verständliche) Unfähigkeit der Jugend, sich in die Situation des Alten zu versetzen. Ich bin 2022 in den Ruhestand gewechselt – nach Jahrzehnten Bürojob. Dauerstress, Verantwortung und Schlafdefizit haben mich von innen her ausgehöhlt. Verdauung schwer angeschlagen, Blutdruck astronomisch, gestörter Herzrhythmus, Ohrensausen, Sprachstörungen, Hautkrankheiten, stets steigendes Ruhebedürfnis. Körperlich ein Wrack in der Hülle eines Kraftpakets. Heute gehe ich mindestens 2x pro Woche zum Sport, mache nebenbei Kieser, nehme mir Ruhezeiten und „mache“ selbstverständlich deutlich weniger als in Zeiten aktiven Berufslebens. Die Folge: *„Du siehst ja richtig gut aus. Da hättest Du ja locker noch ein paar Jahre dranhängen können...“*. Falsch: ich sehe gut aus, weil ich aufgehört habe, und ich läge vielleicht schon unter der Erde, wenn ich nicht aufgehört hätte. Es trifft sicherlich zu, dass in vielen Berufen die rein körperliche Beanspruchung gesunken ist und daher weniger Verschleiß auftritt. Gleichwohl tickt die biologische Uhr

unerbittlich – beim Einen schneller, beim Anderen langsamer. Der Kölner weiß: *jeder Jeck ist anders*. Aus meiner eigenen Erfahrung möchte ich sagen: spätestens bei 66.67 ist Schluss für die Erfüllung eines Vollzeitjobs. Ein diskutiertes Eintrittsalter von 70 ist realitätsfremder Unsinn – auch wenn es immer Zeitgenossen geben wird, die auch mit über 70 noch ihren Vollzeitjob erfüllen. Das sind die wenigen Ausnahmen nach oben (á la Trump, Merz, Joe Biden, Wolfgang Ischinger, Adenauer, etc.). Wer absichtlich die Latte für die Allgemeinheit auf dieses Niveau legt, hat nichts anderes im Sinn, als die Mehrheit der Rentenempfänger in die Akzeptanz zu gekürzten Renten zu zwingen. Ein respektloser Vorschlag, für den man sich schämen sollte. By the way: auch für das heutige Niveau von 48% muss sich diese Nation bereits schämen...

Niemandem braucht man zu erklären, dass die über Jahrzehnte laufende langsame Abnahme der Leistungsfähigkeit nicht mit dem Modell *„Vollzeit bis gestern, ab heute Rente“* auch nur annähernd richtig abgebildet ist. Alle wissen es, aber es will uns einfach nichts Passenderes einfallen. Schon wieder Schamesröte...

Jetzt werden die Alten auch noch in die Ecke einer ungerechtfertigten Last gestellt. Es trage den Anschein des Unverschämten in sich, soviel Geld von der Gesellschaft zu erwarten. Man solle gefälligst mit weniger Almosen zufrieden sein. Dabei sind die Alten genauso wenig Last für die Gesellschaft, wie es unsere Kinder sind. Weil sie Teil der Gesellschaft sind, sind sie selbstverständliche Aufgabe für die Gesellschaft. Da ist kein Raum für wertende Begriffe.

Die junge Generation der Wenigen wird in zehn, zwanzig Jahren das (umfangreiche) Erbe der Vielen antreten. Ein Geschenk, das in dieser Größenordnung noch keine Generation davor genießen durfte. Das mag das Jammern über die Lasten lindern...

Klar ist, dass der Generationenvertrag als ein in sich geschlossenes Finanzierungsmodell für die Altersversorgung wegen des zunehmenden Ungleichgewichts zwischen Zahlern und

Empfängern nicht mehr funktioniert. Die Belastbarkeit der Arbeitnehmer kann nicht ins Unendliche ausgedehnt werden. Auch dem im Wettbewerb stehenden Arbeitgeber können nicht beliebig viele Lasten auferlegt werden. Aber wo steht denn geschrieben, dass Renten ausschließlich aus aktiven Arbeitsverhältnissen zu finanzieren sind? Faktisch werden bereits stillschweigend große Teile der Altersversorgung aus Steuermitteln bezahlt (25..30%). Eine logische Folge des Staatsversprechens an die Gesellschaft. Und was soll daran nun reformiert werden? Ist vielleicht das Wort „Reform“ nur ein Deckmantel für das Manöver *Kürzung der Versorgungsansprüche*? Soll das Ergebnis sein, dass der Bürger zwar weniger Geld aus der Rentenkasse erhält, dies aber kompensiert wird durch ein zweites privates Vorsorgestandbein? Selbstredend wird der AN-Anteil der Rentenversicherung im Vergleich zu heute nicht sinken, aber die Rentenansprüche werden sinken – und sei es auch nur mittelbar durch Anhebung des Eintrittsalters. Gleichzeitig zahlt der AN aus seiner privaten Schatulle den Beitrag für das zweite Standbein (irgendeine ergänzende private Rentenversicherung). Unter´m Strich: der Gesamtaufwand des Bürgers für seine Altersversorgung wird relativ zu seinem Einkommen steigen – und der Staat hat sein Finanzierungsproblem (mindestens teilweise) gelöst. Die junge Generation trägt dann die Mehrkosten des Gesamtaufwands – und hätte also das Gegenteil dessen bewirkt, was sie

eigentlich erreichen wollten.

Ohne dass wieder ALLE in die Versicherungspflicht zurückgeholt werden, wird es keinen substanziellen Fortschritt in der Altersversorgung geben. Der Umstand, dass alle möglichen, besserverdienenden Berufsschichten sich über eigene Versorgungswerke aus dem Sozialstaat ausklammern, muss korrigiert werden – auch wenn´s den Versicherungsgesellschaften weh tut (die können sich dann zukünftig auf On-top-Versicherungen konzentrieren). Das Festhalten an der einen Säule der Finanzierung, nämlich ausschließlich über die nichtselbständigen Arbeitsverhältnisse, ist überholt. Auch andere Einkommensarten sind einzu beziehen. Unser Staat ist kein Vermögensverwalter, der bei Renteneintritt jedem auszahlt, was ihm relativ zu seinen Einzahlungen mathematisch zusteht. Er ist ein Sozialstaat, und als solcher zahlt er den Schwachen mehr und dem Starken weniger. So geht Solidarität. Am Ende gibt es keine falschen Fronten mehr zwischen Jung und Alt. Und alle würden vor der Politik den Hut ziehen, weil sie mal wirklich ´was geschafft hat... / fp 02-26

PS: wer sich über die vielen altbacken rein maskulinen Substantive ärgert, mag sich erinnern, dass der Mond und die Sonne auf französisch die Mond und der Sonne heißen. Geschlechter sind also ziemlich beliebig und blicken in die Vergangenheit. Frau möge dem alten Schreiberling nachsehen, dass er so schreibt, wie er alt ist...